



Partielle Anpassung der polnischen Berufsbildung an die veränderten Bedingungen im Rahmen bestehender Strukturen

Margret Kunzmann

Im Juni dieses Jahres wurde in Realisierung des Kooperationsvertrages zwischen dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und der Cooperation Fund — Task Force Training and Human Resources — Republic of Poland (TFHR) im Rahmen des PHARE-Programms der EG nach dem Arbeitsbesuch von fünf polnischen Berufsbildungsexperten am BIBB als zweite Aktivität das deutsch-polnische Multiplikatoren-Seminar in Zaborow/Warschau durchgeführt.

Ziel des Vertrages ist, bei der Entwicklung der kaufmännischen beruflichen Ausbildung in Polen zu helfen.

An dem zweitägigen Seminar nahmen — neben den Vertretern der TFHR — 15 polnische „Praktiker“ der Berufsbildung teil, darunter

- Direktoren und Lehrer Ökonomischer Lyzeen, des Schultyps, an dem die vollzeit-

schulische kaufmännische berufliche Ausbildung erfolgt,

- Vorsitzende und Mitglieder der unter Verantwortung zuständiger Branchenministerien installierten Lehrplankommissionen für kaufmännisch-verwaltende Berufsrichtungen und Spezialisierungen,
- Vertreter der Polnischen Nationalbank (verantwortlich für berufliche Fortbildung, Praktikadurchführung und Ausarbeitung von Lehrprogrammen) sowie
- der Vertreter der Hauptabteilung für Berufsbildung des Ministeriums für Nationale Bildung.

Von deutscher Seite waren Vertreter des BIBB, der schulischen (Senatsverwaltung Berlin) und der Sozialpartner-Seite anwesend. Sie vermittelten durch Vorträge und in der Diskussion Informationen zu den Problemkreisen: Duales System der Berufsausbildung und institutioneller Rahmen der Länder; Funktion und Aufgaben des BIBB; Entwicklung im kaufmännisch-verwaltenden Ausbildungsordnungsbereich; Schulformen in der Ausbildung sowie Vergleich dualer und vollzeitschulischer Ausbildung am Beispiel der Kaufleute für Bürokommunikation; Verfahren der Erarbeitung von Ausbildungsordnungen und deren Abstimmung mit den Rahmenlehrplänen der KMK; das Umsetzen der Rahmenlehrpläne in Landeslehrpläne sowie Lehreraus- und -weiterbildung.

Von polnischer Seite wurde durch den Vortrag des Vertreters des Bildungsministeriums und die Vorträge der drei Vorsitzenden der Lehrplan-Ausschüsse der für die Entwicklung der beruflichen Ausbildungsdokumentationen z. Z. verantwortlichen Branchenministerien (Finanzen, Industrie/Handel, Land- und Nahrungsgüterwirtschaft) sowohl über aktuelle bildungspolitische Probleme und vorgesehene Entwicklungen als auch über den konkreten Stand der Lehrprogramm-Innovation im ökonomischen Bereich informiert.

Für Polen ist noch eine äußerst labile Lage sowohl im gesellschaftspolitischen als auch

im wirtschaftlichen und sozialen Bereich typisch. Sie wird gekennzeichnet durch politische Zerrissenheit, Zersplitterung der demokratischen Kräfte und vor allem durch das Fehlen strategischer, praktikabler Konzepte zur Wirtschaftsentwicklung. Alle Maßnahmen, den Wandel von realsozialistischer Planwirtschaft zu westlicher Marktwirtschaft zu bewerkstelligen, blieben seit einem Jahr „Flickwerk“; sie greifen kaum. Wie in den anderen osteuropäischen Ländern besteht in Polen die prioritäre Aufgabe, ein neues soziales Fundament und neue — auch gesetzliche — Rahmenbedingungen und Strukturen für ein Wirtschaftssystem zu schaffen, das sich zu einer sozialen Marktwirtschaft entwickeln soll. Gegenwärtig hält die Übergangszession, die tiefe Krise in der Wirtschaft an; sie zeigt sich nicht nur im weiteren Rückgang des Bruttosozialprodukts und hoher Inflation, sondern auch in der Verzögerung der Privatisierung staatlicher Unternehmen. Die Eigentumsübergänge von mittleren und Großbetrieben kommt nicht voran, und die vorgesehene staatlich gestützte Sanierung dieser Staatsbetriebe geht unter den gegenwärtigen Bedingungen nur sehr schleppend vor sich. Sie wird begleitet von Betriebsliquidierungen, rückläufiger Produktion, weiterer Freisetzung von Arbeitskräften und nicht zuletzt von notwendiger Kostenminimierung, was sich besonders negativ auf die berufliche Aus- und -fortbildung sowie Umschulung auswirkt. So war die öffentliche Hand gezwungen, 1991/92 über 200 Betriebsberufsschulen zu übernehmen, um sie vor der Liquidierung durch die betreffenden Betriebe zu retten. Diese dargestellte komplizierte und instabile politische und wirtschaftliche Situation verkörpert die gegenwärtigen Rahmenbedingungen, unter denen langfristige bildungspolitische Orientierungen und Entscheidungen zu treffen und insbesondere für die Berufsbildung einzuleiten sind.

Infolge häufigen Wechsels des Führungspersonals im Bildungsministerium und der nachgeordneten Wojewodschaftsebene (ver-

gleichbar mit großen Bezirken/Gebieten) sowie oft fehlender Sachkompetenz und Erfahrungen sind Entscheidungsbereitschaft und Engagement begrenzt. Besonders für den Bereich der Berufsbildung, der in Polen traditionell in seiner Bedeutung unterschätzt wird und in seiner Wertigkeit bei vielen Bildungsexperten an letzter Stelle steht, scheint es auf dieser Ebene relativ wenig engagierte Mitarbeiter und leitendes Personal mit Sachkompetenz zu geben. Darüber hinaus wird die Arbeit durch völlig unzureichend Finanzmittel und ein fehlendes Berufsbildungsinstitut, das systematisch Berufsbildungsforschung betreibt, Innovationen befördert und wissenschaftlicher Koordinator bei gemeinsamen Modellprojekten sein könnte, sehr erschwert.

In seinem Vortrag über aktuelle Probleme der Berufsbildungsentwicklung hob der Vertreter des Bildungsministeriums (HA Berufsbildung) auf dem Seminar hervor, daß gegenwärtig die — auf der Grundlage des neuen Bildungsgesetzes von 1991 (Gesetz über das Bildungssystem Nr. 425 vom 7. 9. 91) — ausgearbeiteten wichtigsten Verordnungen zur Regelung der Berufsbildung zur Verabschiedung durch die Regierung vorlägen. Differenzen hatten vor allem zwischen dem Bildungsministerium und den Fach-/Branchenministerien bezüglich der Verteilung der Kompetenzen und Verantwortlichkeit bestanden.

Bis heute haben die in den 80er Jahren für die Berufsbildung modifizierten und novellierten Normative des 1961er Bildungsgesetzes, die nur ungenügend neue Elemente und Bedingungen in der Berufsbildung widerspiegeln können, Gültigkeit. Dabei stellt die beabsichtigte Veränderung zur Regelung der Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für die Berufsbildung ein besonderes Problem dar. 1985 wurde durch mehrere Verordnungen des Ministerrats den zuständigen Fach-/Branchenministerien die Verantwortung für Erarbeitung, Herstellung und Vertrieb von Lehrplänen, -büchern und Unterrichtsmitteln für den beruflichen, fachspezifischen

Teil der Ausbildung übertragen. (Diese Verantwortung und Kompetenz will das Bildungsministerium künftig einschränken. Die Arbeiten sollen unter seiner Anleitung koordiniert bzw. selbst abgesichert werden.)

Auf den Niveaustufen Facharbeiter und Techniker/mittleres berufliches Personal sollten durch diese Regelung von 1985 Fachkompetenz und Einflußnahme der „Praxis“ auf die Erarbeitung der beruflichen Inhalte erweitert werden. Die Fachministerien erfuhren — gerade zu diesem Zeitpunkt beginnend — „Wandlungen“, die von der Zusammenlegung, über die Reduzierung der Mitarbeiterzahl, bis zur völligen Auflösung reichten, so daß Aufgaben und Verantwortlichkeiten auf diesem Feld in sehr unterschiedlicher Weise und teilweise überhaupt nicht wahrgenommen wurden. Man versuchte zwar in einigen Ministerien, Lehrprogramm-Ausschüsse für die einzelnen Berufe zu installieren, aber fehlende methodisch-meritorische Orientierung für die Arbeiten, fehlende Spezialisten in den Ministerien und weitere organisatorische, finanzielle und personelle Unzulänglichkeiten führten zur Verzögerung und z. T. zur Einstellung dieser wichtigen Tätigkeiten. In der polnischen Berufsbildung sind dadurch stark veraltete Lehrprogramme und Lehrbücher sowie -materialien — teilweise aus den 70er Jahren stammend — gültig. Die ursprünglich bis Anfang der 80er Jahre geplante Kampagne zur Überarbeitung bzw. Neuentwicklung der Ausbildungsdokumentationen führte ebenso wie die für die zweite Hälfte der 80er Jahre in Verbindung mit der schrittweisen Einführung einer neuen Nomenklatur (Klassifikation der Facharbeiter- und Technikerberufe) vorgesehene Erstellung neuer Dokumente zu keinem befriedigenden Ergebnis.

Das änderte sich erst seit 1990, dem Zeitpunkt, wo der politische Bruch mit dem alten System offiziell vollzogen wurde und eine deutlichere Orientierung auf die marktwirtschaftliche Ordnung erfolgte. Nunmehr wurde in einigen umstrukturierten Fachministerien in Abstimmung mit dem Bildungsmini-

sterium begonnen, die notwendigen Sofortänderungen zur Modernisierung und Anpassung des Inhalts der Berufsbildung sowie der Ausbildungsunterlagen an die neuen Erfordernisse im Rahmen des bestehenden Systems vorzunehmen. Das erfolgte auch für den kaufmännisch-verwaltenden Bereich der Berufsbildung. Die drei Vorsitzenden der Lehrprogramm-Ausschüsse berichteten auf dem Seminar über die durchgeführten und z. T. abgeschlossenen Lehrplanarbeiten. Diese umfassen im Ausschuß „Finanzen“ die Neuordnung des Berufes ‚Techniker-Ökonom‘ (statt bisher 13 Spezialisierungsrichtungen jetzt noch vier); die Erarbeitung des neuen Berufsbildes (Berufscharakteristik) sowie die Erstellung der Rahmenlehrpläne und Stundentafeln, in denen — wie bisher — nur im dritten und vierten Jahr der vollzeitschulischen Ausbildung ein 14tägiges Praktikum vorgesehen ist. Die neuen Programme, in die bereits unter polnischer Sicht ausgewählte marktwirtschaftliche Inhalte aufgenommen worden sind, werden gegenwärtig mit Genehmigung des Bildungsministeriums in verschiedenen Schulen experimentell erprobt.

Es ist vorgesehen, später ein Orientierungsmaterial mit verallgemeinerten Aussagen zum methodischen Vorgehen bei solchen inhaltlichen Ordnungsarbeiten zu erstellen. Auf dem Seminar wurde die für das ganze Land mehr oder weniger typische Unsicherheit auch im Bildungswesen deutlich, bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt partiell über den traditionellen Rahmen des bestehenden Systems hinaus gehen zu wollen/zu können. In manchen Aussagen kamen stark subjektiv motivierte Vorstellungen und Bestrebungen zum Ausdruck, die fehlende klare bildungspolitische Orientierung und einen fehlenden Dialog zwischen Praxis (Lehrpersonal) und Entscheidungsträgern (Ministerium) vermuten lassen.

Der Direktor des Ökonomischen Schulkomplexes in Torun (1 600 Lernende), der im Projektrahmen „Partnership“ mit dem Berliner Oberstufenzentrum „Banken und Ver-

sicherungen“ zusammenarbeitet, betonte die Nützlichkeit der deutschen Erfahrungen (kaufmännische Ausbildung im Dualsystem), die gerade in der gegenwärtigen Phase, in der im Bildungsministerium ein neues polnisches Modell der Berufsbildung vorbereitet wird, besondere Beachtung finden sollten. Dagegen zeigten die Ausführungen des Vertreters des Bildungsministeriums die für Polen typische und noch vorherrschende Überbewertung der Allgemeinbildung (klassische Abiturbildung), die die konzeptionellen Vorstellungen des Ministeriums für die Berufsbildungs-Entwicklung stark beeinflussen. Teilweise wird im Gegensatz zur Meinung der Berufsbildner die Vermittlung eines beruflichen Qualifikationsausschusses in der Erstausbildung abgelehnt. Eine verstärkte Orientierung auf die Abiturbildung für den größten Teil der Population — als Basis und Werteskala — führt zur Überlegung, künftig nur ca. 30 Prozent eines Altersjahrgangs (die nicht imstande sind, eine Abiturbildung zu erlangen) in Berufsschulen — überwiegend vollzeitschulisch — auszubildenden: Dafür ist der zu schaffende neue Schultyp „Berufsmittelschule“, „Technisches Lyzeum“, der neben der Abiturbildung eine breite berufliche Ausbildung auf Facharbeiter- oder Technikerebene (vollzeitschulisch) vermitteln soll, erheblich auszubauen. Es ist eine kostspielige Variante, die wenig realistisch scheint und bei der u. U. in dem neuen Schultyp kein konkreter beruflicher Qualifikationsabschluß mehr erworben werden soll. Auf dem Seminar wurde ein wichtiger Grundsatz der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern deutlich. Beide Seiten sollten Toleranz und Verständnis für die länderspezifische Situation, die aktuellen Bedingungen und Probleme, aber auch für die Schwierigkeiten, entgegenbringen. Besonders für die unterstützende Seite sind Einfühlungsvermögen und Akzeptanz bestimmter nationaler Traditionen notwendig, wenn eine fruchtbringende gemeinsame Arbeit, Förderung und Projektrealisierung geleistet werden soll.

Innovationen in der Berufsbildung der ČSFR — Reflexionen eines Studienbesuchs im April 1992

Margret Kunzmann

Bereits im September 1989 wurden von den Lehrern, Ausbildern und Erziehern auf der Gesamtstaatlichen Lehrerkonferenz scharfe Kritik an der mit dem Bildungsgesetz von 1984 in der Sekundarstufe offiziell eingeführten „Reform“ geübt und einige Korrekturen erzwungen. Zum endgültigen Bruch mit den Zielen und Strukturen der seit 1976 eingeleiteten Reform des gesamten Bildungssystems kam es jedoch erst 1990 — nach der gesellschaftspolitischen Wende in der heutigen, noch bestehenden ČSFR.

Ausdruck des gleichzeitig eingeleiteten Demokratisierungsprozesses war die im Mai beschlossene Novelle zur Veränderung und Ergänzung des Schulgesetzes von 1984 (Gesetz Nr. 29/1984), mit der die notwendigen Korrekturen und Sofortmaßnahmen festgelegt wurden. Hierzu gehören z. B. die schrittweise (Wieder-)Einführung der neunklassigen Grundschule (bis 1993), die Konzentration der einzelnen weiterführenden Mittelschultypen (Gymnasium, Fachmittelschule, Mittlere Berufsschule) auf ihre ursprüngliche, charakteristische Ziel- und Aufgabenstellung; die Schaffung von Voraussetzungen für eine Ausprägung der inneren und strukturellen Differenzierung in den Schultypen der Sekundarstufe sowie ihrer Zugänge und die Erweiterung der Kompetenz der Berufsschuldirektoren und Lehrer bezüglich der Modifizierung der Lehrprogramme und damit der Inhalte und zeitlichen Relationen; die Möglichkeit, neben staatlichen Schulen auch private, kirchliche u. a. Bildungsträger

zuzulassen; in der entstehenden privaten Wirtschaft künftig wieder auszubilden und die bisherigen Ausbildungszeiten auch bei neunklassiger Schulbildung beizubehalten. Gleichzeitig wurde neben den Sofortmaßnahmen die Aufgabe gestellt, ein neues Modell zur langfristigen Entwicklung und Umgestaltung der Berufsbildung zu entwickeln.

Im Mai dieses Jahres wurde in beiden Förderativstaaten vom jeweiligen Ministerium für Schulwesen das als Kompromißvariante zwischen den verschiedenen Partnern, Wissenschaftlern und Praktikern fertiggestellte „Projekt zur künftigen Entwicklung der Berufs- und Fachbildung“ der Regierung in der ČR (Tschechische Republik) bzw. in der SR (Slowakische Republik) eingereicht. Diese Dokumente wurden zwar vor der Wahl (Juni 92) nicht mehr in gesetzlicher Form verabschiedet, aber als „Orientierung“ für die Realisierung empfohlen. Den nachfolgenden Regierungen bleibt es überlassen, das jeweilige Projekt in normativer Form zu beschließen.

Ein kompliziertes Problem besteht gegenwärtig in der Organisation und Durchführung der Berufsausbildung, insbesondere der berufspraktischen Ausbildung unter den Bedingungen des Übergangs von der zentralistischen staatlichen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft — eine Situation, die der in den neuen Bundesländer sehr ähnlich ist. Die noch bestehenden Betriebe sind kaum bereit und in der Lage, die Organisation und vor allem Kosten für die Ausbildung zu übernehmen. Deshalb hat die Regierung unter den gegenwärtigen Bedingungen bestimmte Aufgaben, finanzielle Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten der Wirtschaft übernommen. Ein vergleichbares Problem besteht in der Transformation der bisher laut Gesetz den Branchenministerien (von denen bereits ein Teil aufgelöst bzw. zum Industrieministerium zusammengelegt worden ist) übertragenen Verantwortung für die praktische Berufsausbildung auf die sich erst in der Entste-